

Argumentationsleitfaden: Warum sind wir für eine Minderheitsregierung?

1. **Die Minderheitsregierung ist die Alternative zu Neuwahlen.**
 - Herauszögern von Neuwahlen → Wählerwille wird respektiert, indem (zumindest für eine gewisse Zeit) Neuwahlen verhindert werden
 - die Zeit können wir nutzen, um uns als Partei inhaltlich und organisatorisch zu erneuern und eine Kanzlerkandidatur aufzubauen
2. **Das Grundgesetz lässt eine Minderheitskonstellation ausdrücklich zu.**
 - Art. 63: im 3. Wahlgang kann ein*e Kanzlerkandidat*in nur mit relativer Mehrheit zum Kanzler*in gewählt werden, sofern der Bundespräsident keine Neuwahlen ansetzt
 - ein*e solche*r Minderheitskanzler*in könnte nicht leicht abgesetzt werden, weil die Opposition zu einem konstruktiven Misstrauensvotum zusammen eine*n neue*n Bundeskanzler*in aufstellen müsste
3. **Der Bundestag und damit die Demokratie würden aufgewertet.**
 - Aufwertung des Bundestags → „Sternstunde der Demokratie“
 - neue Debattenkultur, weil Mehrheiten für Gesetzesentwürfe erst erkämpft werden müssten
 - öffentliche und mediale Aufmerksamkeit wäre verstärkt auf den Bundestag gerichtet
 - gerade in Zeiten der Demokratieverdrossenheit wäre eine Stärkung des Bundestags wichtig für die öffentliche Wahrnehmung
4. **Minderheitsregierungen sind nicht automatisch instabil.**
 - Parallelen zur instabilen Lage in der Weimarer Republik gehen nicht auf, da die Bundesrepublik außenpolitisch und volkswirtschaftlich außerordentlich gut dasteht
 - Auch Mehrheitskoalitionen können auseinanderbrechen und instabile Verhältnisse schaffen, z.B. 1972 beim konstruktiven Misstrauensvotum gegen Brandt, 1982 beim Austritt der FDP aus der sozialliberalen Koalition (es folgten Neuwahlen)
5. **Eine Minderheitsregierung ist eine Innovation.**
 - „etwas Neues ausprobieren, Geschichte schreiben“
 - → „Die Erneuerung der SPD beginnt mit einem neuen Weg“, SPD könnte sich als experimentierfreudige Partei profilieren (im Gegensatz zur sich weigernden Union)
6. **Die SPD könnte sich profilieren, indem sie mal Regierungs-, mal Oppositionsarbeit leistet.**
 - SPD könnte einzelne Politikvorhaben umsetzen und sich damit profilieren (z.B. Europa), in anderen Bereichen Oppositionsarbeit leisten, sich klar von der politischen Konkurrenz abgrenzen

7. Der „Koalitionszwang“ entfällt.

- SPD müsste nicht in allen Belangen mit dem Koalitionspartner abzustimmen (siehe Sondierungspapier: *„Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.“*)
- → SPD wäre nicht gezwungen, konservative Politik mitzutragen oder Anträge ihrer eigenen Positionen (z.B. von der Linkspartei) abzulehnen → Glaubwürdigkeit
- Inhaltsbezogen Abstimmen, statt stumpf dem Koalitionspartner hinterherzulaufen

8. Annäherung an zukünftige Koalitionspartner.

- Annäherung an Linkspartei und Grüne, an die FDP etc. durch punktuelle Zusammenarbeit
→ Weichenstellung für zukünftige Regierungskonstellationen

9. Merkel und die Union müssten sich öffentlich rechtfertigen.

- Merkel und die CDU/CSU könnten nicht geräuschlos regieren wie momentan, sondern müssten ihre politischen Ziele in der Öffentlichkeit rechtfertigen → Chance, die Union zu entzaubern und in der Öffentlichkeit für linke Gegenentwürfe zu werben
- Angela Merkel trägt die Verantwortung, es nicht zu Neuwahlen kommen zu lassen, und müsste sich fragen lassen, warum sie nicht jede Möglichkeit ausgeschöpft hat

10. Wir können auf den Erfahrungsschatz unserer Genoss*innen in den Bundesländern und im Ausland zurückgreifen.

- in den skandinavischen Ländern, z.B. Norwegen, Schweden und Dänemark, sind Minderheitsregierungen der Regelfall, auch im anderen europäischen Ausland kommt dies häufiger vor und kann erfolgreich sein (z.B. momentan in Portugal → Partido Socialista führt eine von den zwei kleinen linken Parteien tolerierte Minderheitsregierung an)
- in den Bundesländern gab es erfolgreiche Minderheitsregierungen, z.B. „Magdeburger Modell“ (Sachsen-Anhalt 1994-2002: SPD-geführte Regierung, bis 1998 mit den Grünen, durch PDS toleriert), das für einige Monate in Berlin ähnlich funktionierte; in NRW 2010-2012: SPD-geführte rot-grüne Minderheitsregierung ohne feste Tolerierung, mit wechselnden Mehrheiten